

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden	21.11.2011

Vorlage im Ausschuss am 10.10.2011 TOP 3.1 Klimaschutzziele der Rheinenergie (02-1600-08/11)

In der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 10.10.2011 wurde von Herrn Schneider gefragt, warum die Eingabe von Ende Januar 2011 erst so spät im Ausschuss beraten worden und zwischenzeitlich keine Benachrichtigung an den Ausschuss und die Petenten ergangen sei.

Die Verwaltung möchte hierzu den Verfahrensablauf verdeutlichen.

1. Nach Eingang der Bürgereingabe bei der Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden an Rat und Bezirksvertretungen hat die Verwaltung dem Unterzeichner der Petition umgehend den Eingang bestätigt und ihn über das weitere Verfahren informiert. Außerdem wurde die Rheinenergie um Stellungnahme zu dem Bürgerantrag gebeten. Diese Stellungnahme lag Ende Februar 2011 der Verwaltung vor.

Am 11.03.2011 ereignete sich das Erdbeben in Japan und in den Folgetagen die Atomkatastrophe in Fukushima. Dieses Unglück hat zu einem Umdenken in der globalen Energiepolitik geführt. Auch die Kommunen und örtlichen Energieversorger haben daraufhin ihre energiepolitischen Ziele überprüft. Der Rat hat daher am 7.4.2011 auch einen entsprechenden Grundsatzbeschluss zum Atomausstieg gefasst und darin die Rheinenergie zur verstärkten Investition in erneuerbare Energien aufgefordert. Für die Beratung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden hat die Verwaltung am 10.05.2011 eine überarbeitete Stellungnahme verfasst. Daraufhin wurde eine Beschlussvorlage für den Ausschuss am 11.07.2011 gefertigt und in das interne Mitzeichnungsverfahren gegeben.

Parallel hat die Verwaltung an einem Aktionsplan zum angekündigten Klimaschutzkonzept gearbeitet. Der aktuelle Sachstand wurde am 17.06.2011 der Presse vorgestellt. Aufgrund dieser aktuellen, der Öffentlichkeit vorgestellten Informationen ist die Beratungsvorlage für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden noch einmal überarbeitet worden. Die entsprechend ergänzte Beschlussvorlage wurde am 29.06.2011 vom Oberbürgermeister freigegeben. Eine fristgerechte Zustellung der Vorlage nach § 2 der Geschäftsordnung des Rates war für die Ausschusssitzung am 11.07.2011 auf dem üblichen Weg nicht möglich. Eine Dringlichkeit konnte aufgrund der Thematik nicht begründet werden. Daher wurde die Vorlage für die nächste Sitzung vorgesehen.

Da der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nach dem 11.07.2011 eine dreimonatige Sitzungspause hatte, war die Beratung im Ausschuss leider erst am 10.10.2011 möglich.

2. Die Verwaltung und die Rheinenergie haben bereits vor den Sommerferien das Gespräch mit den Beschwerdeführern gesucht. Die Petenten wurden mit Schreiben vom 07.09.2011 informiert, dass die Vorlage am 10.10.2011 im Ausschuss beraten wird.